



Ausgabe Februar 2021

HIBS-TEAM NEWSLETTER



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

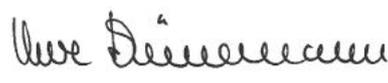
wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

In der CDU und auch in den öffentlichen Medien geistert häufiger mal ein Begriff umher, der den meisten bekannt ist. Gemeint ist der Konservatismus. Doch was steht eigentlich hinter diesem Begriff und wann ist man konservativ? Dies wiederum wissen meist nur die Wenigsten. Über die oft missverstandene Sichtweise des Konservativen und die Entwicklung hin zu einem modernen liberalen Konservatismus, möchten wir in unserem Newsletter für den Monat Februar für Aufklärung sorgen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

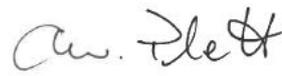

Frank Oesterhelweg


Uwe Schünemann


Veronika Koch


Thomas Ehbrecht


Laura Hopmann


Christoph Plett


Oliver Schatta



Ausgabe Februar 2021

Leitartikel

Frank Oesterhelweg / Uwe Schünemann: Moderner Konservatismus – Geht das?

Der Konservatismus wird in der öffentlichen Debatte oft als rückständig oder überholt bezeichnet. Einige halten ihn sogar für gescheitert. Dabei hat konservative Politik – gerade in Deutschland – seit Jahrhunderten zu Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geführt. Der Konservatismus wurde in dieser Zeit nicht überholt, sondern hat sich immer neu erfunden und fortentwickelt. Gleichzeitig hat er auch seine eigenen Grenzen aufgezeigt und distanziert sich scharf von rechts-nationalistischen Weltanschauungen.

Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung „Modernen Konservatismus – Geht das?“ haben der CDU-Ortsverband Göttingen-Mitte und der Stadtverband der Jungen Union Göttingen den Professor für Neueste Geschichte Andreas Rödder als Redner begrüßt. Auch die „HiBs“-Gruppe war bei der Veranstaltung durch Frank Oesterhelweg und Uwe Schünemann vertreten. Inspiriert durch Rödders Vortrag stellte sich die Frage, wie denn nun ein zeitgemäßer liberaler Konservatismus auszusehen hat. Rödders Antwort war klar: „Ich verstehe Konservatismus in der Tradition von Edmund Burke und Hermann Lübke als eine Denkhaltung, die sich durch eine grundlegende Skepsis gegenüber ideologischen

Gewissheiten, durch ein Denken in Kategorien von Alltagsvernunft, Maß und Mitte und durch das Subsidiaritätsprinzip auszeichnet.“

In dieser Aussage stecken viele wichtige Erkenntnisse. So ist der Konservatismus nicht rückständig, sondern skeptisch. Er hinterfragt Neuerungen kritisch, weil er das Wohl der Gesellschaft als Ganzes im Blick hat. Die Skepsis grenzt den Konservatismus auch von populistischen Strömungen ab. Denn indem ein Konservativer kritisch hinterfragt, erteilt er dem Populismus eine klare Absage, der schnelle und einfache Antworten auf komplexe Fragen liefern will. Vielmehr ist der Konservatismus eine demokratische und sachorientierte Alternative zu den politischen Rändern. Gerade im Bereich der rechten Mitte sei eine Repräsentationslücke entstanden, die bestimmte soziale Milieus veranlasst sich auf radikalere Positionen einzulassen. Der Konservatismus sollte daher wieder den Mut und als Volkspartei auch die Verpflichtung haben die Gesellschaft in ihrer vollen Breite zu betrachten.

In seiner gesamtgesellschaftlichen Betrachtung muss konservative Politik alle sozialen Milieus ansprechen. Ein Grundpfeiler ist vor allem gleiche Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu schaffen. Diese Errungenschaft hat zu einer breiten Bildungslandschaft in ganz Deutschland geführt. Doch gerade unter der damit einhergehenden Akademisierung der Bevölkerung leidet der Mittelstand zunehmend. Dies führt zu



Ausgabe Februar 2021

Existenzängsten der Geringverdiener und nicht-akademischen Mittelschicht. Die CDU sollte daher auch wieder darauf bedacht sein, gerade den handwerklichen und gewerbetreibenden Mittelstand in den Fokus ihrer Politik zu stellen.

Ein Thema, welches die Gesellschaft in Deutschland besonders aufgewühlt hat, war die Frage Migrations- und Einwanderungspolitik im Jahr 2015. Konservative Politik ist auch in dieser Gemengelage differenziert. Auf der einen Seite ist die Souveränität und die Hoheit der eigenen Grenzsicherung nicht nur eine verpflichtende Aufgabe eines Staates, sondern auch eines seiner wichtigsten Hoheitselemente. Die verworrene Migrationsrechtslage und die daraus resultierenden Folgen waren aus konservativer Warte eine Kapitulation des Rechtsstaates. Auf der anderen Seite muss eine Integrationspolitik etabliert werden, welche auf die Integration und den sozialen Aufstieg von Migranten abziele, gleichzeitig aber auch einen ebenso intensiven Integrationswillen von den Migranten fordern müsse. Dieser Ausgleich zwischen den innenpolitischen Interessen und Deutschland weltpolitische Rolle wägt konservative Politik geschickt ab. Dabei verfällt sie nicht in den Duktus migrationskritischer Populisten, sondern legt pragmatisch einen Interessensausgleich zwischen Einheimischen und Einwanderern dar.

Das wohl entscheidendste Element liberal-konservativer Politik ist jedoch das Subsidiaritätsprinzip.

Das Subsidiaritätsprinzip meint die Organisation von der unteren Ebene bzw. der kleinsten Einheit. Während der Staat die höchste Ebene bildet, ist aus konservativer Perspektive die Familie die unterste und tragende Ebene der Gesellschaft. Diese benötigt zwar den besonderen Schutz und die Förderung des Staates, sollte in ihrer eigenen Struktur jedoch autonom bleiben. Im Kern bedeutet dies, dass alles was die Familie nicht alleine schaffen kann, der Staat für sie übernehmen sollte. Ihre Zusammensetzung sowie ihr Lebensstil sind aber hochprivat und müssen vom Staat auch als solche akzeptiert werden. Eine familienorientierte Politik ist daher CDU pur.

Der liberale Konservatismus ist demnach eine differenzierte und realistische Sichtweise, welche das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt der Politik rückt. Gleichzeitig ist für ihn aber auch ein leistungsstarker Staat essentiell, damit dieser die Menschen in ihrer Organisation als Familie dort unterstützt, wo diese Hilfe benötigen. Der Konservatismus erzeugt keine Rückständigkeit, sondern Verlässlichkeit. So hat er in der Breite der Gesellschaft besonders eines im Blick: den Menschen.

Landtag

Frank Oesterhelweg: "Einfach mal zuhören" – CDU-Landtagsabgeordneter bietet Gesprächsrunden an



"Corona wird uns noch lange beschäftigen, das dürfte uns allen klar sein. Wir, jede und jeder für sich und für uns alle gemeinsam, müssen jetzt die richtigen Konsequenzen aus den bisherigen guten und schlechten Erfahrungen beim Umgang mit der Krise und ihren Folgen ziehen und unser Leben so organisieren, dass es in allen Lebenslagen vernünftig weitergeht", so der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg. Und weiter: "Vor diesem Hintergrund möchte ich Webex-Videokonferenzen mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen anbieten, mein Motto: 'Einfach mal zuhören.' Dazu lade ich alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, die an einem

sachlichen Dialog und Erfahrungsaustausch interessiert sind."

An folgenden Tagen sollen die nachstehend genannten Themen 'rund um Corona' diskutiert werden:

Freitag, 26. Februar, 14 bis 15.30 Uhr, Thema: Familien und Kita - 'Kinder brauchen Kinder!'

Montag, 1. März, 17 Uhr bis 18.30 Uhr, Thema: Schule und mehr - 'Wie läuft's digital?'

Freitag, 12. März, 14 Uhr bis 15.30 Uhr, Thema: Seniorinnen, Senioren u. a. - 'Abgehängt und isoliert?'

Freitag, 26. März, 16 Uhr bis 17.30 Uhr, Thema: Verhaltensregeln, Gesundheitswesen, Impfungen - 'Läuft's oder läuft's nicht?'

Mittwoch, 31. März, 17 Uhr bis 18.30 Uhr, Thema: Arbeit und Wirtschaft - 'Raus aus der Talsohle!'

Mittwoch, 7. April, 18 Uhr bis 19.30 Uhr, Thema: Vereine, Verbände, Ehrenamt - "Außer Spesen nichts gewesen?"

Wer teilnehmen möchte, sollte sich per E-Mail an info@cdu-wolfenbuettel.de anmelden, damit die Zugangsdaten für die Videokonferenz übermittelt werden können. Außerdem bittet Oesterhelweg darum, den eigenen - zum Thema passenden - beruflichen, privaten oder ehrenamtlichen Hintergrund in Stichworten anzugeben, damit die Verbindung der Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer zum jeweiligen Thema deutlich wird.

Wenn es beispielsweise um das Thema Schule geht, dann sollte angegeben werden, ob man bspw. als Lehrkraft, Schüler oder Elternteil dabei ist. Aus organisatorischen Gründen wird es bei den Videokonferenzen eine maximale Teilnehmerzahl geben. Frank Oesterhelweg: "Ich werde mich bei diesen Runden mit Beiträgen eher zurückhalten, hauptsächlich einleiten, moderieren und ... 'einfach mal zuhören', um von Fachleuten und Betroffenen Hinweise für meine weitere politische Arbeit für Sie zu bekommen."

Gesundheit und Soziales

Christoph Plett: Forderung an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn – Klinik-Finanzierung während COVID-19-Pandemie sicherstellen



Ich habe mich in einem Schreiben an unseren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gewandt, um meine Bedenken im Bereich der Krankenhausfinanzierung für das Jahr 2021 vorzubringen und eine verlässliche Krankenhausfinanzierung während der Pandemie zu fordern.

Seit Ausbruch der COVID-19 Pandemie befinden sich unsere Krankenhäuser in einem Dauerkrisen- und Ausnahmemodus. Das Peiner Krankenhaus hat etwa seit Beginn der COVID-19 Pandemie im vergangenen Frühjahr schon knapp 200 COVID-Patienten behandelt, davon über 50 Patienten auch mit aufwändiger und teurer intensivmedizinischer Behandlung, zum Teil inklusive Beatmung.

Dabei läuft das Krankenhaus seit Beginn der Pandemie im absoluten Krisenmodus: Planbare Eingriffe werden, sofern medizinisch vertretbar, verschoben,



Ausgabe Februar 2021

um genug Kapazitäten für die Behandlung der COVID-Patienten vorhalten zu können. Genau diese planbaren Eingriffe, die nun notgedrungen aufgeschoben werden, tragen in normalen Zeiten aber erheblich zur Finanzierung des Klinikums bei. Gleichzeitig verursachen die aktuell besonders strengen Hygienemaßnahmen zu Vermeidung von Ansteckungen im Klinikum enorm hohe Kosten, zeitweise standen ganze Stationen des Klinikums unter Quarantäne. Zudem können die Stationen aus Hygienegründen generell nicht voll belegt werden, manche Leistungen sind momentan nicht möglich. Insgesamt ist der Betrieb des Klinikums stark beeinträchtigt – bei gleichzeitig stark erhöhten Kosten.

Für das Jahr 2020 hat es für die Kliniken in Deutschland, immerhin ist nicht nur das Peiner Krankenhaus von dieser Ausnahmesituation betroffen, ausreichend finanzielle Absicherungen durch die Politik geben. Für das Jahr 2021, das aller Voraussicht nach zumindest in den kommenden Monaten ein weiteres Krisenjahr sein wird, ist die Finanzierung dagegen lückenhaft und unsicher.

Ich habe in meinem Schreiben an Jens Spahn die Vorschläge unseres Peiner Klinik-Geschäftsführers Wolfgang Jitschin, die dieser mir in einem Schreiben an mich erläutert hat, weitergegeben und um deren Prüfung gebeten. Konkret geht es unter anderem darum, die Kliniken von überflüssiger Bürokratie zu entlasten und, falls nötig, kurzfristige

Liquiditätshilfen bereitzustellen. Auch ein von Wolfgang Jitschin vorgeschlagener finanzieller Ganzjahresausgleich sollte zumindest überdacht werden.

Ich kann Wolfgang Jitschin in seinen Forderungen insgesamt nur unterstützen. Die Krankenhäuser und insbesondere die dort Beschäftigten leisten seit Ausbruch der Pandemie Außergewöhnliches, um unsere Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dabei halten sie extrem aufwändige und teure Hygienemaßnahmen ein, können aber gleichzeitig Teile ihres normalen Betriebs, der auch zur Finanzierung beiträgt, nicht durchführen. Hier sehe ich durchaus den Staat gefordert, für die finanzielle Sicherheit der Kliniken zu sorgen.

Laura Hopmann: Gewalt gegen Kinder – Kinderschutz weiterentwickeln und Beratung stärken!

Kinderschutz geht alle an und steht derzeit bundesweit vor großen Herausforderungen. Insbesondere die Corona-Krise hat die Situation noch einmal wesentlich verschärft und uns den Handlungsbedarf noch einmal deutlich vor Augen geführt. Aus diesem Grund war und ist es wichtig, dass wir einen Antrag für mehr Kinderschutz und dessen Weiterentwicklung auf die Tagesordnung der 99. Sitzung des Niedersächsischen Landtages gebracht haben. Mit den 22 Punkten unseres Antrags schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für den Kinderschutz in Niedersachsen.

Um die kleinsten und jüngsten unserer Gesellschaft wirksam zu schützen, wollen und müssen wir den Kinderschutz weiterentwickeln. Dafür brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Maßnahmenpakt gegen Kindesmissbrauch. So müssen etwa die bestehenden Präventionsmaßnahmen ausgebaut werden und das mittlerweile unübersichtlich gewordene Angebot der Anlauf- und Beratungsstellen muss gebündelt und besser bekannt gemacht werden. Außerdem wollen wir erneut für die Aufnahme von Kinderschutz und Kinderrechten im Grundgesetz werben. Von zentraler Bedeutung ist aber auch, dass die zuständigen Behörden besser miteinander vernetzt werden. Denn auch die Jugendämter haben mit Problemen bei der Aufklärung entsprechender Fälle zu kämpfen und müssen vermehrt mit Behörden anderer Bundesländer zusammenarbeiten. Gerade die staatlichen Institutionen müssen hier besser in der Lage sein, Fälle zu erkennen, um dann im Sinne des Kindeswohls schnellstmöglich einzuschreiten. Sie dürfen insbesondere nicht auch noch Teil des Problems werden, wie etwa in Lügde. Dazu sind obligatorische länderübergreifende Kooperationen notwendig sowie eine Vereinheitlichung von Prozessen und Abläufen zwischen den Jugendämtern. Im Wege regelmäßiger Kommunikation können und sollen Informationen schneller und zielgenauer ausgetauscht werden, um Kinder noch viel stärker zu schützen.

Uwe Schünemann: Gemeinden bei der Impfterminvergabe beteiligen



Die negativen Erfahrungen mit der Vergabe der Impftermine für die über 80-jährigen Menschen darf sich nach Auffassung des Landtagsabgeordneten Uwe Schünemann nicht wiederholen. Viele frustrierte und verängstigte Bürgerinnen und Bürger hätten sich in den letzten Wochen über die nicht oder nur schwer zu erreichende Impfhilfe des Landes Niedersachsen völlig zurecht beschwert.

„Das darf sich in der Prioritätsgruppe 2 mit deutlich mehr impfberechtigten Menschen auf keinen Fall wiederholen,“ so der CDU-Politiker. Daher sei eine



Ausgabe Februar 2021

Systemumstellung für die Terminvergabe zur Impfung und bei der Impfabwicklung dringend geboten. Eine Abwicklung nach Geburtsjahren, wie das Sozialministerium empfiehlt, kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Darüber hinaus sollten aber die Landkreise mit den Städten und Gemeinden in die Terminorganisation sowie die mobilen Impfteams mit Impfangeboten vor Ort in die Impfabwicklung mit einbezogen werden.

„Die Einwohnermeldeämter der Städte und Gemeinden können die impfberechtigten Bürgerinnen und Bürger anschreiben und ihnen einen konkreten Impftermin anbieten“, konkretisiert Uwe Schüemann. Die Impfberechtigten bräuchten sich somit nur dann bei ihrer Gemeinde melden, wenn sie diesen Impftermin nicht wahrnehmen können bzw. wollen. Die mobilen Teams könnten dann tageweise an einem festen Ort in den Städten und Gemeinden tätig sein. Zudem würden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit Sicherheit entsprechende Fahrdienste organisieren.

Nach Gesprächen mit den Verantwortlichen im Landkreis Holzminden wird dieser neue Ansatz schnellstmöglich umgesetzt. Bereits in der kommenden Woche wird in der Samtgemeinde Boffzen ein entsprechendes Modell-Verfahren angewandt. An Hand der Daten aus der Einwohnermeldebehörde werden die zu impfenden Ü80-jährigen Menschen kontaktiert und direkt zu einem Impftermin an einem zentralen Ort in der Gemeinde

eingeladen. Das mobile Impftermin wird den zusätzlich bereit gestellten Impfstoff der Firma BioNTech an einem festgelegten Tag verimpfen. „Weniger Fahrzeit für die Seniorinnen und Senioren, effektiver Einsatz des Impfteams und bürgerfreundlicher Service der Verwaltung“, lobt Uwe Schüemann das geänderte System.

Zukünftig werden im Landkreis Holzminden in den Samtgemeinden, dem Flecken Delligsen und den Sollingortschaften Neuhaus und Silberborn dezentrale Impfstationen eingerichtet. Die berichtigte Personengruppe erhält vom Impfzentrum einen konkreten Termin genannt. Diese Kommunalisierung der Impfterminvergabe hätte – von Anfang eingesetzt – viel Ärger vermieden.

Frank Oesterhelweg: Spahn hält kostenlose Schnelltests ab März für denkbar – Schäfer und Oesterhelweg schlagen Testzentrum im Schmidt-Terminal vor



v.l. Uwe Schäfer, MdL Frank Oesterhelweg am Schmidt-Terminal in Wolfenbüttel mit Der Schmidt -Geschäftsführer Philipp Cantauw

"Alles, was hilft die Corona-Ausbreitung zu begrenzen müssen wir versuchen", so stellvertretender Landrat Uwe Schäfer (CDU). Trotz sinkender Inzidenzzahlen auch im Landkreis Wolfenbüttel könne man noch lange keine Entwarnung geben. Angesichts der Mutationen des Coronavirus und seiner raschen Verbreitung seien Vorsicht und strikte Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen weiter unabdingbar. "Wenn die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für März angedachten umfangreichen Schnelltests kommen, dann müssen wir alles versuchen, um es den Bürgern so einfach wie möglich zu machen einen solchen Schnelltest auch durchführen zu können", so Uwe Schäfer.

Vor diesem Hintergrund trafen sich Uwe Schäfer und Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg am Schmidt-Terminal in Wolfenbüttel mit Der Schmidt -Geschäftsführer Philipp Cantauw, um mit ihm über die Möglichkeiten von Testungen auf dem in direkter Nachbarschaft der Innenstadt und des Bahnhofs gelegenen Terminal-Gelände zu sprechen. Frank Oesterhelweg: "Dieses Gelände ist tatsächlich bestens dafür geeignet, denn hier ist sowohl ein Drive-In-Verfahren mit dem Auto möglich als auch die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad oder zu Fuß gewährleistet."

Resümierend stellten die Anwesenden fest, dass die Schnellteststrategie von Bundesgesundheitsminister Spahn eine enorme Brückenfunktion haben könnte, bis die angelaufenen Schutzimpfungen großflächig umgesetzt und auch wirksame Corona-Medikamente auf dem Markt verfügbar seien. Bei einer Realisierung des Projekts könnte man sich testen lassen und direkt nach dem wenige Minuten später vorliegenden Ergebnis zum Einkaufsbummel starten, das Kino besuchen oder auch eine Reise antreten.

Man werde nun im Nachgang des Informationsgespräches auf den Landkreis zugehen, um die Möglichkeiten einer Umsetzung eines Testzentrums am Schmidt-Terminal zu besprechen und das Projekt voranzutreiben.



Ausgabe Februar 2021

Veronika Koch: Kritik an Helmstedter Kreisverwaltung ist komplett haltlos und unangebracht

Zu der im Landkreis Helmstedt von einem Landtagsabgeordneten und einem Kreistagspolitiker öffentlich vorgetragenen Kritik gegenüber der Kreisverwaltung nimmt die Helmstedter Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU) wie folgt Stellung:

„Die geäußerte Kritik an der Krisenbewältigung des Landkreises ist komplett haltlos und unangebracht. Ich selbst stehe fast täglich im Austausch mit dem Krisenstab beim Landkreis Helmstedt. Deshalb ist klar: Auch ohne Gremiensitzungen kann man sich als Lokalpolitiker auf dem Laufenden halten. Die beiden Verfasser des vorgelegten Maßnahmenkatalogs sollten sich eher die Frage stellen, aus welchen Gründen denn eine noch umfangreichere Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises nicht möglich ist. War es nicht die SPD, die die Einrichtung einer Position im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verhindert hat? Und nicht zuletzt sind die Ursachen etlicher Defizite eher in den SPD-geführten Sozial- bzw. Kultusministerien in Hannover zu suchen.

Ich erlebe, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung Helmstedt einen sehr engagierten und kompetenten Job in dieser für uns alle schwierigen Zeit leisten. Auch die Mitarbeit der eingesetzten Bundeswehrsoldaten stellt eine unverzichtbare Unterstützung in unserem öffentlichen Gesundheitsdienst dar. Diesem Engagement gilt es ausdrücklich zu danken, anstatt die Arbeit

des Krisenmanagements öffentlich zu diskreditieren. Das Vorgehen der beiden Sozialdemokraten ist nicht zu akzeptieren.

Insgesamt sehe ich die Äußerungen der Herren Domeier und Fricke als untauglichen Versuch eines Ablenkungsmanövers, um von den schweren Fehlern der eigenen Parteigenossen in Hannover abzulenken. Ich beteilige mich selbst nicht so schnell an öffentlicher Kritik an Maßnahmen der Landesregierung. In dieser besonderen Pandemie-Situation werden auch Entscheidungen getroffen, die sich im Nachhinein nicht immer als glücklich herausstellen. Dass es auch zu Fehlentscheidungen kommt, kann nicht immer vermieden werden. Aber beispielsweise der Versand der Impf-Infobriefe an den Personenkreis der Ü80-Jährigen ist wirklich mehr als peinlich. Personen, die jahrzehntelang verstorben oder die Altersgrenze längst nicht erreichen, sind angeschrieben worden. Dass es zu falschen Adressaten kommen würde, lag auf der Hand – gab es in dieser Frage eine verlässliche Lösung der kommunalen Spitzenverbände. Einen weiteren Fehler sehe ich in der unzureichenden technischen Einrichtung der zentralen Impfhotline. Die durch diese Fehler verursachten Vertrauensverluste bei unseren älteren Mitbürgern versuchen engagierte Ehrenamtliche des CDU-Kreisverbands im Landkreis Helmstedt derzeit durch Impfpattenschaften auszubügeln.“



Ausgabe Februar 2021

Bildung und Kultur

Christoph Plett: Einigung zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes der Beschäftigten des Staatstheaters Braunschweig

Großen Grund zur Erleichterung gibt es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatstheaters Braunschweig. In Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen und Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) über die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes der Beschäftigten des Staatstheaters hat es einen für alle Seiten guten Kompromiss gegeben.

Das gemeinsam erzielte Verhandlungsergebnis sieht vor, das Kurzarbeitergeld der während der COVID-19-Pandemie weitgehend zur Untätigkeit gezwungenen Beschäftigten auf kaum weniger als die Höhe der regulären Löhne aufzustocken. Realitätsnahe Kompromisse hat es, neben der Höhe der Zahlungen, schließlich auch in weiteren Verhandlungspunkten gegeben, etwa auch bei der Regelung zur Anrechnung von häuslichen Übungszeiten für Orchestermusiker und weiteren individuellen Fragen zur Ausgestaltung der Kurzarbeit am Staatstheater.

Ich bin über den jetzt erzielten Kompromiss sehr froh. Lange wurde zu Recht auf die großen Nöte und Existenzsorgen der Kulturschaffenden in unserem Land hingewiesen. Viel zu lange haben sich auch die Beschäftigten des Staatstheaters

Braunschweig in der Frage der Aufstockung ihres Kurzarbeitergeldes und der weiteren konkreten Regelungen zur Ausgestaltung der Regelungen zur Kurzarbeit in einem ungewissen Schwebestand befunden.

Die nun getroffene Vereinbarung einer Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf annähernd 100 Prozent der regulären Löhne sowie die weiteren Vereinbarungen schaffen für die Kulturschaffenden am Braunschweiger Staatstheater Verlässlichkeit und mehr Sicherheit in dieser schwierigen Situation, bieten aber auch dem Land in dieser Frage fortan Planungssicherheit.

Unter dem Strich wird der Bedeutung der Kulturbranche mit dieser Einigung Rechnung getragen und die Menschen haben eine Sorge weniger – das freut mich!

Wirtschaft und Verkehr

Veronika Koch: Wir müssen mehr Lust auf Hauswirtschaft machen, die positiven und erfüllenden Seiten des Berufsbildes hervorheben



v.l. Veronika Koch und Barbara Otte-Kinast

Im Niedersächsischen Landtag haben die Fraktionen von CDU und SPD gestern den Antrag „Hauswirtschaft stärken“ auf die Tagesordnung des Landtages gebracht. Ursprung fand dieser Antrag in den festgestellten Problemstellungen der Pflege. „Dort werden hauswirtschaftliche Dienstleistungen unbestritten benötigt“, so die Abgeordnete Veronika Koch. „Eine gestärkte Hauswirtschaft dient aber auch unseren Alltagskompetenzen, vermindert die Lebensmittelverschwendung, fördert die Gesundheit der Gesellschaft und kann sogar Verschuldung vermeiden.“

„Was müssen wir tun? Wir müssen mehr Lust auf Hauswirtschaft machen. Wir müssen die positiven und erfüllenden Seiten des Berufsbildes der

Hauswirtschaft in den Fokus der Arbeitswelt rücken. Hauswirtschaft ist nicht altbacken“, so Koch.

Mit dem Antrag sollen die bisherigen Anstrengungen unter Federführung von Ministerin Barbara Otte-Kinast und unter Mitwirkung des Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft (ZEHN) ausgebaut werden. „Angesichts der veränderten Anforderungen braucht die Hauswirtschaft allen voran eine Qualitätssicherung und dazu soll ein niedersächsisches Konzept erarbeitet werden. Duale Ausbildungsbetriebe sollen gefördert werden, um mehr qualifizierte Fachkräfte aus- und fortzubilden“, so die Abgeordnete. Darüber hinaus solle geprüft werden, wie das Bildungsangebot im Bereich Haushaltswirtschaft und Ernährung an unseren Berufsbildenden Schulen landesweit erhalten werden könne.

„Ebenso ist es dringend geboten, dass Existenzgründungen im Bereich Haushaltswirtschaft gefördert werden. Wir brauchen professionelle hauswirtschaftliche Kompetenzen, damit wir in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen besser und nachhaltiger aufgestellt sind“, so die Abgeordnete. Zuletzt habe sich in der Corona-Krise gezeigt, dass qualifizierte Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen, in Krankenhäusern aber auch in Gemeinschaftseinrichtungen fehlten. „Dem wollen wir mit unserem Antrag entgegenwirken“, so Koch.



Ausgabe Februar 2021

Wissenschaft und Forschung

Thomas Ehbrecht: Den digitalen Wandel erforschen – 7,9 Mio. Euro für Niedersachsens Hochschulen

Wie verändert die Digitalisierung unsere Gesellschaft? Vierzehn sozialwissenschaftliche Projekte werden dieser Frage auf den Grund gehen. Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und die VolkswagenStiftung unterstützen sie dabei mit 7,9 Mio. Euro Fördermitteln aus dem „Niedersächsischen Vorab“ der Stiftung.

„Damit Politik und Gesellschaft positive Entwicklungen durch die Digitalisierung fördern und gleichzeitig Risiken vorbeugen können, brauchen sie wissenschaftliche Grundlagen für politische Entscheidungen. Wir versprechen uns mit diesen Projekten wichtige Hinweise auf die Lösung von Zukunftsfragen“, so Niedersachsens Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler. Von der Göttinger Universität bis hin zur Hochschule in Emden/Leer verteilen sich die bewilligten Projekte auf neun niedersächsische Forschungseinrichtungen im Land.

„Von der rechtlichen Regulierung von Internetplattformen über die Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Hochschulbildung bis hin zur Akzeptanz digitaler Gesundheitsservices durch Patienten – die Forschungsfelder der bewilligten Projekte sind sehr divers. Bei vielen arbeiten die

Projektgruppen im internationalen Kontext und disziplinenübergreifend zusammen. Dabei behandeln sie Potentiale ebenso wie Risiken und ethische Fragen, die sich durch die Digitalisierung ergeben“, erläutert Dr. Georg Schütte, Generalsekretär der VolkswagenStiftung.

Die Ausschreibung „Die digitale Gesellschaft: Entwicklungen erforschen, Perspektiven entwickeln, digitale Methoden und Daten nutzen“ richtete sich im Wesentlichen an Forschende der Soziologie, Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Psychologie sowie Bildungsforschung. Die einzelnen Projekte konnten bis zu 650.000 Euro für maximal drei Jahre einwerben.

Im Folgenden finden Sie eine Übersicht über die von einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission begutachteten und anschließend zur Förderung ausgewählten Projekte:

- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung: The Digitization of Scholarly Communication: Discourse and Practices, Measurements and Identity Formation (Fördersumme: 649.600 Euro)
- Hochschule Emden/Leer: Sociotechnical Practices of Objectivation. An Empirical Examination of AI Based Health Apps for Diagnosis (640.100 Euro)
- Medizinische Hochschule Hannover: Do Depressed Patients and Their Physicians Accept Online



Ausgabe Februar 2021

Health Services? - A study of Acceptance and Critical Success Factors (506.400 Euro)

- Technische Universität Braunschweig: PartComp: A Virtual Companion to support Civic Participation (629.900 Euro)
- Universität Göttingen: Intermediaries Between Market and Organisation – Regulation of Platforms in the Digital Economy (649.800 Euro)
- Universität Hannover: Societal Transformation in a Digital Society - Raising Awareness for the Participation in a Sustainable and Inclusive Mobility Transition (648.100 Euro)
- Universität Hannover: Courts Under Pressure: How Social Media Change Political Discourse About the Rule of Law in Modern Democracies (507.800 Euro)
- Universität Lüneburg: Automating the Logistical City: Space, Algorithms, Speculation (536.200 Euro)
- Universität Lüneburg: Commodified Agency: Social Space and the Digital Data Value Chain (637.800 Euro)
- Universität Oldenburg: Digital Growth: Understanding the Drivers of Firm and Industry Growth in the ICT Sector (460.800 Euro)
- Universität Oldenburg: Prospects for the Future of Learning: Artificial Intelligence Applications in Higher Education (336.000 Euro)

- Universität Osnabrück: Prerequisites to Apply Virtual Reality Applications in Learning (427.600 Euro)

- Universität Osnabrück: Social Media and Climate Change: Usage, Literacies, and Interventions from the Perspective of Science Education (SoMeCliCS, 649.700 Euro)

- Universität Osnabrück: Marketplace Lending: A Brave New Lending World? Interdisciplinary Research on Platform Architecture to Foster Sustainable Finance (645.500 Euro)

Über die positive Berücksichtigung der Universität Göttingen zeigt sich der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht sehr zufrieden: „Jede Berücksichtigung für unseren Wissenschaftsstandort Göttingen und Südniedersachsen ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Besonders in schwierigen Zeiten ist es wichtig, in die Bildung und Forschung zu investieren. Ebenfalls freut es mich hier zu sehen, dass die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung hier für die Zukunft gute Früchte trägt.“

Weitere Informationen zum Niedersächsischen Vorab finden Sie unter www.volkswagenstiftung.de/vorab.



Ausgabe Februar 2021

Thomas Ehbrecht: Niedersachsen investiert rund 783.000 Euro in „Zukunftsdiskurse“ – Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft fördert faktenbasierte Meinungsbildung

Unter dem Motto „Zukunftsdiskurse“ fördert das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur den Austausch der Wissenschaft mit der Öffentlichkeit zu tagesaktuellen Fragestellungen. Für sieben Projekte an sechs Hochschulen stehen aus dem Niedersächsischen Vorab insgesamt rund 783.000 Euro zur Verfügung. „Unser Ziel ist es, kontroverse Fragestellungen aus gesellschaftlich relevanten, aktuellen Forschungsprojekten in öffentlichen Veranstaltungen sichtbar zu machen“, so Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümmler. „Die großen Herausforderungen wie der Klimawandel und die Covid-19-Pandemie zeigen, wie wichtig der Dialog der Wissenschaft mit der breiten Öffentlichkeit ist. Ein solcher Diskurs ermöglicht eine faktenbasierte Meinungsbildung der Gesellschaft. Das gilt natürlich auch für viele andere Themen.“

Die Meinung des Ministers teilt auch der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht. Als Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur unterstützt er ebenfalls die Pläne des Ministeriums, den stetigen Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weiter zu fördern. „Das Vertrauen der Menschen in Forschung und Entwicklung kann und muss auch in Zukunft gestärkt werden. Unsere heimischen Standorte an den Hochschulen und

Forschungseinrichtungen sind der Garant für die medizinische, kulturelle und intellektuelle Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Der Nutzen der Gesellschaft muss allerdings auch durch Transparenz und stetige Kommunikation aufrechterhalten werden. Daher sind die Investitionen in diese Forschungsfelder stets richtig und weisen den Weg in die Zukunft.“

Im Rahmen der „Zukunftsdiskurse“ werden Projekte wissenschaftlicher Einrichtungen gefördert, die als Orte der methodischen Kritik, des zivilisierten Diskurses und eines wissenschaftlich fundierten Dialoges gelten. Das Ziel der „Zukunftsdiskurse“ ist es, Skepsis und Ängsten wissenschaftlichen Themen gegenüber entgegenzutreten und gleichzeitig mehr Transparenz zu schaffen, indem die Gesellschaft aktiv und mittels Versachlichung eingebunden wird.

Gefördert wird die Organisation von Veranstaltungen, aber auch ihre inhaltliche Vorbereitung und wissenschaftliche Begleitung. Dazu gehören beispielsweise die Ausarbeitung von Thesenpapieren und Impulsaufsätzen sowie die Zusammenfassung der Veranstaltungsergebnisse. Für jedes Projekt stehen maximal 120.000 Euro bei einer Laufzeit von maximal 15 Monaten zur Verfügung.

Umwelt und Landwirtschaft

Thomas Ehbrecht: Niedersächsischer Weg ist Erfolgsmodell für Umwelt- und Artenschutz – Bundesumweltministerin Schulze darf das nicht konterkarieren



„Niedersachsen ist Vorbild beim Umwelt- und Artenschutz. Der Niedersächsische Weg ist eine bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte, die den Schutz der Natur mit den Interessen der Landwirtschaft zusammenbringt. Dieser gesellschaftliche Erfolg darf nicht durch ideologisches Handeln im Bundesumweltministerium gefährdet werden“, erklärt der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer angesichts des neuen Gesetzentwurfs zum sogenannten Insekten-schutz, der ins Bundeskabinett soll.

Als Kenner der Materie durch sein Engagement als Vorsitzender der Jägerschaft Duderstadt, aber auch als stellvertretendem Mitglied im

Landwirtschaftsausschuss in Hannover kann der Abgeordnete Thomas Ehbrecht die Ausführungen von Dirk Toepffer absolut unterstützen: „Der Niedersächsische Weg ist ein beispielloses Erfolgsmodell, durch das unser Bundesland von den anderen Mitgliedsländern schon viel Zuspruch erfahren hat. Es kann nicht sein, dass das Bundesumweltministerium sich einem echten Verbesserungsvorschlag verweigert, nur weil die Ministerin eine Abneigung durch ihre persönlichen politischen Ansichten dagegen hegt. Es geht hier doch darum, den besten Weg für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Bundesrepublik zu finden und sich nicht ideologiegetrieben anderen Vorschlägen stur zu verweigern.“

„Der Entwurf von Svenja Schulze setzt auf Konfrontation statt Konsens, auf stumpfes Ordnungsrecht statt auf Ausgleich. Man kann natürlich Politik aus den 80ern machen. Klug ist das aber nicht“, führt Fraktionschef Toepffer weiter aus. Schulze gefährde mit ihrer Methode alles das, was in Niedersachsen bereits erreicht wurde und Beispiel für andere Bundesländer und den Bund sein könne.

„Der Niedersächsische Weg ist eine Blaupause für zukunftsorientierte, nachhaltige Politik. Daher bin ich unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und unserem Umweltminister Olaf Lies dankbar für ihren Einsatz. Ihren Einsatz für den Niedersächsischen Weg und jetzt für ihren Einsatz, deutlich zu machen, dass Svenja Schulze weit über das Ziel hinausschießt“, so Toepffer.



Ausgabe Februar 2021

Thomas Ehbrecht: Wolf wird über das parlamentarische Verfahren ins Jagdrecht aufgenommen

Die CDU-Landtagsfraktion, der auch der Jägerschaftsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht angehört, begrüßt es sehr, dass das Kabinett heute die Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes auf den Weg gebracht hat und es nun in die Verbandsanhörung kommt. Mit unserem Entschließungsantrag aus dem Novemberplenum des letzten Jahres haben wir den Weg nicht nur aufgezeigt, sondern auch bereitet, dass auch der Wolf in die Jagdrechtsnovelle aufgenommen werden kann.

Wir werden dazu im parlamentarischen Verfahren einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen, da es im bisherigen Verfahren nicht möglich war, den Wolf kurzfristig in die Gesetzesänderung aufzunehmen. So verlieren wir wenigstens keine weitere Zeit und der Wolf wird wie geplant ins Jagdrecht aufgenommen.

Das ist ein wichtiges Signal für die Weidetierhalter in Niedersachsen. Der Beutegreifer Wolf hat sich ohne einen natürlichen Feind in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft exponentiell ausgebreitet und immer größeren Schaden angerichtet und muss durch den Menschen gemanagt werden, so der Jägerschaftsfunktionär Ehbrecht.

Die CDU-Landtagsfraktion wird sich im Parlament erst für die Gesetzesnovelle erheben, wenn die Aufnahme des Wolfs ins Jagdgesetz erfolgt ist. Ein langer Weg – aber er wird unausweichlich sein – es geht um den Schutz der Weidetierhalter, es geht aber auch um die Sicherheit der im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung.

Cartoon-Serie

Frank Oesterhelweg: Aus dem Leben eines Vizepräsidenten (7) – Schön, dass Sie dabei sind!

Etwas, das mir ausgesprochen wichtig ist: Besucherinnen und Besucher im Landtag. Zeigt es doch, dass es viele Menschen interessiert, was hier passiert und wie ihr(!) Landtag funktioniert. Das ist auch ein Ausdruck für die Wertschätzung gegenüber allen Abgeordneten und Mitarbeitern, für die ich dankbar bin. Ob fünf oder fünfzig Gäste; ob jung oder alt: Alle sind herzlich willkommen, wenn die Corona-Lage es wieder zulässt! Vom Landtagsfilm über den Rundgang bis zum Plenarbesuch und zur Diskussion mit Abgeordneten – das Programm ist offensichtlich interessant und kommt gut an. Und Kekse gibt's natürlich auch! Ich wünsche mir, dass wir uns bald gesund und munter persönlich wiedersehen können ... auch gern im Niedersächsischen Landtag!



Bild: Tobi Wagner



Ausgabe Februar 2021

Terminvorschau und Veranstaltungshinweise

16. bis 18. März 2021 | Landtag Niedersachsen

Livestream zum Plenum des Niedersächsischen Landtages: <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag461.html>

25. Februar 2021 | 19:00 Uhr | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

26. Februar 2021 | 15:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Familien und Kita - 'Kinder brauchen Kinder!' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de

01. März 2021 | 18:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Schule und mehr - 'Wie läuft's digital?' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de

10. März 2021 | 18:30 Uhr | online | Oesterhelweg, Koch, Plett, Schatta

CDU INNOVATIV: Wirtschaftliche Erfolge und saubere Energie durch den grünen

12. März 2021 | 15:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Seniorinnen, Senioren u. a. - 'Abgehängt und isoliert?' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de

24. März 2021 | 19:00 Uhr | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

26. März 2021 | 17:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Verhaltensregeln, Gesundheitswesen, Impfungen - 'Läuft's oder läuft's nicht?' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de

31. März 2021 | 18:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Arbeit und Wirtschaft - 'Raus aus der Talsohle!' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de

07. April 2021 | 19:30 Uhr | online | Frank Oesterhelweg

Vereine, Verbände, Ehrenamt - 'Außer Spesen nichts gewesen?' | Anmeldung unter info@cdu-wolfenbuettel.de



Ausgabe Februar 2021

26. Mai 2021 | 18:30 Uhr | online | Oesterhelweg, Koch, Plett, Schatta

CDU INNOVATIV

19. Juni 2021 | Wolfenbüttel

Landesparteitag des CDU-Landesverbandes Braunschweig

12. September 2021 | Niedersachsen

Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

26. September 2021 | Niedersachsen

Mögliche Stichwahlen der Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag

c/o Uwe Schünemann

Politischer Referent Luca Heinemann

Reinhäuser Landstraße 5

37083 Göttingen

Tel.: 0511 3030-3215

Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams

Thomas Ehbrecht

Veronika Koch

Frank Oesterhelweg

Christoph Plett

Laura Hopmann

Oliver Schatta

Uwe Schünemann